

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Der Mut zur Großmut. Politische Pädagogik.

Kolonialpädagogische Gesichtspunkte höherer Ordnung sollten auch mehr und mehr für die Behandlung von nationalen Grenzgebieten und abstrakten fremden Massenbeständen maßgebend werden. Es ist z. B. zweifellos, daß die deutsche Politik in den Grenzgebieten mit polnischer, dänischer und estländischer Bevölkerung durch Anwendung einer unpassenden und einseitig repressiven Methode viele schwere und schwer heilbare Misereen erzielt hat. Eine starke repressive Aktion kann in gewissen entscheidenden Situationen vorübergehend geboten sein, aber gerade sie wird um so mehr Autorität und Wirkung haben, je weniger man sonst durch repressive Schlägen im Kleinen und Alltäglichen sich die Gemüter entfremdet und abstummt, ja den Eindruck einer gewissen Unüberwindlichkeit der eigenen Position verbreitet hat. Wer in der Tat die ganz durchdringende „Kolonialpädagogische“ Lehren aus der Tatjude zu ziehen vermag, daß das urdeutsche Volk heute, vierzig Jahre nach der Aukroberung, noch in ganz erstaunlichem Maße französisch, mindestens aber nicht deutschfreundlich gesinnt ist, dem ist allerdings nicht zu helfen. Gätte man sich ein wenig vornehmhaftig, daß das Volk schon im Mittelalter, als das übrige Deutschland sich erfolglos gegen die Uebermacht des Adels wehrte, die größtmöglichen Freiheiten im Reich erlangt hätte, daß ferner die elässischen Städte eben durch ihre Angliederung an Frankreich die erworbenen Freiheiten und Rechte bewahrt und endlich, daß das Volk der französischen Kultur durch tiefe, dauernde Einflüsse nesperbunden und versperpflichtet worden ist — man würde wirklich nicht den Wahn verfallen sein, daß man durch eine Politik schneidender und ungeduldiger Reglementierung ein solches Volk „germanisieren“ könne. Wieviel ist da im Anfang auf Jahrzehnte hinaus verdorben worden!

„Kultur“ wird sich immer in einer Abnahme ängstlicher und nervöser Selbstbehauptung, ausdrücklicher und taktloser Geltendmachung eigener Ansprüche kundgeben — und solche „Kultur“ erobert mächtvoller als alle Kanonen, assimiliert unwiderstehlicher als alle Reglements, entwirft schneller als alle Entgegnungen. Aber wir Deutsche brauchen wohl noch einige Zeit, bevor wir wieder zu solcher „Kultur“ kommen, die die Voraussetzung jeder tieferen pädagogischen Wirkung ist. Vielleicht aber ist es doch möglich, einmal das Wesen solcher Kultur durch das Wesen der ethnischen Pädagogik zu definieren, die von ihr ausgeht und die der grundlegenden Akt jeder wirklich die Seelen gewinnenden und die Herzen erwerbenden Assimilierungspolitik muß immer in einem deutlichen und großherzigen Beweise von Respekt vor der Eigenart und vor den Traditionen der Unterworfenen bestehen. Die Römer befolgten bekanntlich die Sitte, die Götterbilder der unterworfenen Völkerklassen sofort in ihrem eigenen Tempel aufzustellen — eine Sitte von großartig symbolischer Bedeutung für alle dauerhafte Kolonialarbeit: daß man das Heiligste der Fremden in seine eigene unter die eigenen Heiligtümer aufnimmt und dadurch einen Akt der Ehrung vollzieht und einen Austritt aus der nationalen Beschränktheit vertritt, der den andern das Herüberkommen und Anschließung ganz außerordentlich erleichtert. Das ganze Geheimnis des unerreichten Erfolges der römischen Weltmacht lag in dieser geistigen Haltung.

Der Hauptgrundsatz in der nationalen und staatlichen Angliederung erobelter Territorien sollte in diesem Sinne lauten: Verlechte dich in die Psychologie unterworfenen und dergewaltiger Stämme und sammle jeztige Lehren auf ihr Haupt, indem du der tiefen Depression ihres nationalen Lebensgefühls durch eine ganz besondere Ehrung ihrer geistigen Kultur und durch eine wahrhaft ritterliche Schonung ihrer historischen Tradition und ihrer nationalen Empfindlichkeiten zu beugehen suchst. Durch solchen weitherzigen Schutts wirst du den Unterworfenen am besten beweisen, daß sie Raum bei dir finden für ihr ganzes Wesen, — Raum auch für ihre Treue; dadurch allein erzieht du sie auch zur Pietät gegen deine Forderungen und sicherst dich dagegen, daß die neue und die alte Treue als unvereinbare Gegenstände empfunden werden und zu keiner vernünftigen Ausgleichung im Gewissen des einzelnen gelangen.

Gerade wir Deutsche, die wir so oft die Tugend der Treue feiern und sie sogar zu unserer Nationaltugend erhebt haben — wir sind doch geradezu verpflichtet, edle Beständigkeit der Gesinnung auch dort anzuerkennen und zu schätzen, wo sie unserer nationalen Politik komplizierte Aufgaben stellt!

Die beste Polenpolitik wäre es gewesen, wenn wir in Polen ein polnisches Nationalmuseum und eine polnische Nationalbibliothek eröffnet hätten. Wir hätten in jener ständigen Sicherheit beweisen können, daß wir uns stark genug fühlen, die historischen Erinnerungen und Kulturanten unserer Volksgenossen auch dort zu pflegen, wo sie aus einer fremden Quelle fließen, wir hätten uns eine Ehre daraus machen können, eine so reiche und charaktervolle Tradition mit unserer Geschichte zu verbinden — und hätten es im übrigen getrost der Zeit überlassen, auf dem Wege solcher moralischen Eroberung auch allmählich eine tiefere Verbindung mit der deutschen Kultur herzustellen. Genau auf diese Weise haben einst die Franzosen das Eläß „romanisiert“. Fast in jedem Rest errichteten sie ein Musée zur Konserverierung dessen, was deutsche Kunst und Kultur geschaffen, sie führten keinerlei Ausrottungskrieg gegen die deutsche Sprache, sie machten Straßburg beinahe zu einer deutschen Universität — die Folge davon ist, daß wir heute noch mehr als dreißig Jahre nach dieser urdeutschen Bevölkerung noch nicht wieder haben „germanisieren“ können!

Wohl aber könnten durch eine wahrhaft ritterliche Kulturpolitik die deutschen Polen und ebenso angegliedert werden, wie Frankreich sich einst die elässischen Deutschen verband, hinter denen doch auch eine festgewurzelte Kultur von Jahrhunderten stand. Solche kulturelle Uebergangsterritorien mit großmütigen Konzessionen an die fremde Tradition — bei aller Festigkeit in gewissen unabwiesbaren Forderungen nationaler Gemeinsamkeit — sind wahrlich von unschätzbbarer Bedeutung für die gegenseitige Annäherung und Verständigung stark verschiedener Kulturamphibien. Auf solchem Wege könnten gerade die deutschen Polen Vermittler und Verkünder deutscher Kultur im Osten werden. Das wäre wirkliche Germanisation!

Freilich kann der sogenannte Realpolitiker solchen Perspektiven gegenüber immer „die gefährdete nationale Sicherheit“ ins Feld führen. Dann nicht Entgegenkommen und Nachgiebigkeit gerade gegenüber einer unsichern oder gar abgeneigten Grenzbevölkerung durch die Loslösung und innerlich der eigenen Grenzen antinationale Mächte erstarken lassen? Gewiß kann kein Mensch gegenüber solchen Befürchtungen das Gegenteil beweisen. Es gehört aber eben zur Würde einer starken Nation, daß sie den nationalen Mut hat, eine

solche Politik bis zum äußersten zu versuchen. Schlägt die Probe doch fehl, so wird ihr dann das Verantwörtliche, alles versucht zu haben, einen moralischen Glanz geben, der ihr alles einbringt, was sie etwa an äußeren Sicherungen preisgegeben hat. An solcher großmütigen Politik läßt man sich immer noch irremachen durch eine abstrakte und ja-natische Vorstellung von nationaler Einheit. Warum sollen z. B. die eläß-lothringischen oder polnischen oder einstmals dänischen Gebiete Deutschlands durchaus im eigentlichen Sinne germanisiert werden? Eine Grenzbevölkerung die stark von einer großen Nachbarkultur beeinflusst ist, ja mit ihr dauernd in intimer geistiger Beziehung steht und pietätvolle Traditionen von dort her bewahrt, kann für die friedliche Ausgleichung und gegenseitige Befruchtung großer Völkerguppen von allergrößter Bedeutung werden. Solche Ausgleichung aber bedeutet für die Landesverteidigung und die Grenzicherung unvergleichlich mehr als ein ganzer Gürtel von Festungen. „Nicht Kos noch Meitige sichern die steile Höhe“. . . Liebe des freien Mannes. . . Freilich muß eine solche, mit ritterlicher Duldsamkeit behandelte Grenzbevölkerung sich zu tadelloser Loyalität gegenüber dem Staatswesen entwickeln, das ihr Vertrauen schenkt — aber eben dies wird auch nicht von heute auf morgen erzwungen, und je weniger Entgegenkommen und Verständnis für ihre Vergangenheit und Eigenart eine solche Bevölkerung in einem Staatswesen findet, desto mehr bringt man sie in Verjüngung, nicht bloß in kulturellen Beziehungen zum Ausland zu leben, sondern sich auch politisch dorthin zu engagieren.

Wir brauchen für die Zukunft des Völkerebens einen ganz neuen Mut, nämlich den Mut zur Großmut, und gerade die mächtigsten „Kulturpolitiker“ dürften und sollten es sich leisten, auch einmal in der „Kulturpädagogik“ entschlossen voranzugehen und die überängstliche Bedachtsamkeit auf die nationale Sicherheit den schwächeren Völkern zu überlassen.

Ein Sprachenstreit in Palästina.

Ueber jüdische Vorstöße gegen den Gebrauch der deutschen Sprache wurde vor einigen Tagen in einer Korrespondenz der „Köln. Ztg.“ aus Jassa Klage geführt. Aus Jerusalem wird dazu neuerdings berichtet, daß seit Wochen jüdische Agitatoren in den Schulen des Hilfsvereins der deutschen Juden in Jerusalem und Jassa den geordneten Betrieb zu stören suchten, obwohl die Mehrzahl der anfänglichen jüdischen Bevölkerung gegen die Agitatoren sei, welche vor Gewalttätigkeiten nicht zurückschreiten.

Das „jüdische Zentralbureau“ beruft sich gegenüber diesen Beschwerden in einer Zuschrift an die Presse auf die Notwendigkeit, unter den aus den verschiedenen Ländern stammenden jüdischen Angehörigen in Palästina die hebräische Sprache zu pflegen, die in Jassa und Jerusalem u. a. an zwei Gymnasien die Unterrichtssprache und in der jüngeren Generation der jüdischen Kreise Palästinas bereits allgemeine Umgangssprache sei. Der deutsche Konsul in Jassa habe z. B. in seinem Handelsbericht für 1912 erwähnt, daß die österreichische Post und eine Reihe großer europäischer Firmen alle ihre Bekanntmachungen für Palästina in hebräischer Sprache publizieren und er empfahl der deutschen Industrie das gleiche zu tun. Deshalb habe es energischen Protest hervorgerufen, daß vom Kuratorium des Jüdischen Lehrinstituts in Jassa, das im nächsten Frühjahr eröffnet werden soll, beschlossen worden sei, die deutsche Unterrichtssprache einzuführen, ebenso an der als Vorstufe dienenden Mittelschule. Die Mitglieder des Kuratoriums (die infolge jenes Beschlusses ausgeschieden ist) wolle selbst das Deutsche als Hauptsprache an den neuen Schulen einführen, aber als Unterrichtssprache halte sie nach der gegebenen Sachlage nur das Hebräische für geeignet. Gewalttätigkeiten von jüdischer Agitatoren seien nicht vorgelommen, allerdings aber hätten sich sämtliche Lehrer des Hilfsvereins ihre Demission gegeben und die Schüler der oberen Klassen der genannten Hilfsschulen seien in einen Proteststreik eingetreten.

Es handelt sich bei den berührten Vorgängen, welche die Protestbewegung hervorgerufen haben, um Verhältnisse, die von außen her schwer zu beurteilen sind. Vermutlich ist aber für die Entscheidung des Kuratoriums auch der Gesichtspunkt von Bedeutung gewesen, daß für technische Fächer tüchtige Lehrer, die zugleich die hebräische Sprache ausreichend beherrschen, nicht so leicht zu finden sein werden, wie gerade deutsche. Da und wie weit daneben der Wunsch, deutsche Kulturpolitik zu treiben, sich berechtigterweise Geltung gesucht und verschafft hat, mag dahingestellt sein; jedenfalls würde man auch daraus Gewinn für die Juden Palästinas erwarten dürfen, unter denen das Deutsche ohnehin die gebräuchlichste europäische Sprache ist.

Graf Berchtold über Albanien.

Am Montag nahm Graf Berchtold in der österreichischen Delegation zum Schluß der Debatte über das äußere Budget Gelegenheit, die Schaffung des selbständigen Fürstentums Albanien zu verteidigen.

Die Idee des selbständigen Albanien, so erklärte der Minister, sei schon von seinen Vorgängern gefaßt worden. Es wäre eine schwere Verantwortung gewesen, wenn er das durch die früheren Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu dem albanesischen Volke geschaffene moralische Kapital, welches auch einen politischen Faktor darstelle, aufgegeben und die seit langem im Einvernehmen mit Italien beobachtete traditionelle Haltung der Monarchie modifiziert hätte. Das Hauptgewicht möchte der Minister unter den Gründen für die Selbständigmachung Albanien auf den Umstand legen, daß hierdurch das Gleichgewicht in der Adria erhalten werden konnte. An diesem sind wir leider unter den Adriamächten in erster Linie interessiert. Mit Berücksichtigung können wir konstatieren, daß wir in dieser Richtung auch in vollen Einvernehmen vorgegangen sind. Bezüglich der Lebensfähigkeit Albanien sprach der Minister die Hoffnung aus, daß er mit der wohlwollenden Unterstützung der Mächte die Konsequenzen der langen Vernachlässigung überwinden werde, wie dies bei den anderen Balkanstaaten in ähnlichen Verhältnissen der Fall war. Was die Grenzbestimmung betreffe, so habe die Kommission für die Festsetzung der nordalbanischen Grenze ihre Aufgabe größtenteils bewältigt und werde wegen der rauhen Jahreszeit die Arbeit im Frühjahr abschließen. Die Arbeiten der Kommission für Südalbanien könnten als ziemlich abgeschlossen betrachtet werden. Er sei jetzt überzeugt, daß der zur Lenkung des neuen Staatswesens Verursachte eine kulturelle und organisatorische Mission mit jenem reichem Erfolge für das Land erfülle, — Graf Berchtold führte übrigens noch bezüglich des Sandjaks aus, daß Graf Tschernthal in einer hinterlassenen Denkschrift eine Reihe militärischer, politischer und finanzieller Betrachtungen zusammengestellt, welche ihn zur Verzichtleistung hatten, selbst für den Fall, daß die türkische Herrschaft im Sandjak sich nicht halten könnte. Diefen Erwägungen hätte sich die Monarchie auch jetzt nicht verschließen können.

Weiter lehnte Graf Berchtold entschieden die Auffassung ab, daß sein:

Politik gegenüber Serbien

nicht von dem gleichen Wohlwollen erfüllt gewesen sei wie gegenüber den anderen Balkanstaaten. Wenn während der Krise wiederholt Momente eintraten, die Oesterreich-Ungarn im Gegensatz zu Serbien brachten, so waren dies konkrete Fälle gewesen, in denen die Politik Serbiens mit den Interessen Oesterreich-Ungarns in Widerspruch gekommen sei. Zur Wäre des Konjuls Brochaska erklärte der Minister, daß die Gerichte darüber nicht aus dem seiner Leitung unterstehenden Ministerium stammten. Alle Korrespondenzen hätten auf Anfrage im Ministerium des Außen die bindige Auskunft erhalten, dem Ministerium seien die in den fraglichen Meldungen behaupteten Tatsachen unbekannt. Bei Beantwortung der Interpellation über das Vorgehen der staatlichen Eisenbahndirektionen Serbiens gegenüber den Orientbahnen erklärte Graf Berchtold, er könne mitteilen, daß nach einem solchen von dem Gesandten eingereichten Telegramm Ministerpräsident Pasißich ihm nach vor Erhebung der Vorstellungen (soman erklärte, daß er von Vorgängen, die als Nichterhaltung der Konvention à quatre gechildert wurden, bis gestern nichts wüßte, und die serbische Regierung entschlossen sei, den Verpflichtungen aus der Konvention, zu denen in erster Linie natürlich natürlich der einheitsliche Darisje gehöre, strikte nachzukommen. (Hört, hört, Zwischenrufe.)

Die Delegation nahm schließlich das Budget des Ministeriums des Außen an, darunter den Dispositionsfonds. Die Mißbilligungsresolution des tschechischen Sozialdemokraten Nemeo wurde abgelehnt.

Die Inselfrage.

Rom, 16. Dezember. Die „Tribuna“ antwortet dem „Temps“ mit Bezug auf seine Meldung von einer angeblichen englischen Note über die albanische und die Zwölfinselnfrage, Staatssekretär Grey teile den italienischen Standpunkt, daß die albanische Frage nicht mit der ägäischen verknüpft werden dürfe. Er habe daher vorgeschlagen, daß die zwölf Inseln der Türkei unter gewissen Garantien für die griechische Bevölkerung zurückgegeben werden, sobald Italien die Inseln abgeben werde und nachdem der Friedensovertrag von Lausanne von der Türkei vollständig erfüllt worden sei.

Forderungen der bulgarischen Agrarier.

Das Kabinett Radoslawow ist infolge großer Hartnäckigkeit der Agrarier nach dem unerwarteten Ausfall der Sobranjewahlen in eine schwierige Lage geraten. Pressäußerungen der agrarischen und Sozialistenführer bezeichnen ein Kompromiß mit der Regierung als aussichtslos. Der Agrarierführer Stambołiski erklärte, die agrarische Partei werde mit dem jetzigen Kabinett nicht verhandeln, solange nicht der Minister des Außen Chenadieff ausgetreten sei. Die Agrarier würden Bedingungen stellen, daß keine Anleihe über 300 Millionen Lei zugelassen und daß die Zinslast auf 600 000 Lei herabgesetzt würde, und daß alle höheren Offiziere entlassen würden (!). In die äußere Politik würden die Agrarier sich nicht einmischen. Stambołiski tritt für die Bildung eines aus allen Parteien bestehenden Kabinetts ein. Die Sozialistenführer empfehlen eine demokratische Republik und Föderation mit den Nachbarstaaten, damit das Los der mazedonischen Bulgaren auf friedlichem Wege gebessert werde.

Vor unberufenen Anleihevermittlern sucht sich die bulgarische Regierung durch eine „Macht in die Öffentlichkeit“ zu schützen. Die Staatsschuldenerverwaltung erklärt, daß die Regierung niemand in dieser Sache beauftragt. Der Staatspräsident könne für den Augenblick eine Anleihe missen, bis die Geldmarktlage Europas vorteilhaftere Bedingungen möglich mache.

Die Antwort des Großwesirs. v. Liman beim Sultan.

Das „Wiener Telegraphen-Korrespondenzbureau“ meldet aus Konstantinopel:

Nach Informationen aus diplomatischen Kreisen hatte die vorgezogene Demarche der Vertreter der Tripelente hauptsächlich die Anfrage zum Gegenstande, ob die Dardanellen und der Bosphorus unter das Kommando des Chefs der deutschen Militärmission gestellt würden. Während des diplomatischen Empfanges am Montag beantwortete der Großwesir die Demarche mündlich und erklärte, daß die Truppen an den Meerengen nicht unter das Kommando v. Liman ständen. Auf die weitere Anfrage, ob durch die Anstellung der deutschen Militärmission und die Stellung des ersten Armeekorps unter das Kommando General v. Liman die politische Unabhängigkeit der Türkei nicht in irgend welcher Weise beeinträchtigt würde, erklärte, wie verlautet, der Großwesir in seiner Antwort, daß er, da dieser Teil der Frage eine innere Angelegenheit der Türkei berühre, deren Unabhängigkeit über jede Erwägung erhaben sei, auf diesen Punkt keine Antworten teilen könne.

Im übrigen ist die deutsche Militärmission am Goldenen Horn nicht zum wenigsten infolge des überflüssigen Presselärms, dem einige Quertreiber in der europäischen Diplomatenwelt zu erregen mußten, in diesen Tagen Gegenstand der größten Aufmerksamkeit. Der Mission gehen fortwährend telegraphische und sonstige Begrüßungen von türkischer Seite zu. Am Montag Nachmittag wurden die deutschen Offiziere vom Sultan empfangen. Dem allgemeinen Empfang schloß sich eine Privatmeldung des Generals v. Liman beim Sultan an, bei der der General die Grüße des Kaisers übermittelte. Der General äußerte sich später sehr befriedigt über den herzlichen und ehrenvollen Verlauf der Audienz, die beweise, daß ihm auch an höchster Stelle vollstes Vertrauen entgegengebracht werde.

Oberst Tschamal Bey.

der bisher das erste türkische Armeekorps interimistisch geführt hat, richtete an das Korps einen Tagesbefehl, in dem es heißt:

Da in einigen Tagen das Kommando über das erste Korps dem ersten Divisionsgeneral Liman Pascha übergeben werden soll, dessen Dienste zur Vervollkommnung und Ausbildung der Armee, für welche die Osmanen in Regenerierungsbestrebungen sich mit äußerster Beharrlichkeit einsetzen wollen, zur notwendig befinden wurde, glaube ich, an das Armeekorps dieselben Rückschlüsse richten zu sollen, wie damals, als ich das Kommando übernahm. Ich wünsche, daß mein verehrter Nachfolger, der selbst unter den deutschen Generalen eine hohe Stellung einnimmt, bei seinen Bestrebungen stets erfolgreich sei, und ich hoffe, daß alle ottomanischen Offiziere wetteifern werden, um in der Bahn des Fortschritts, die Liman Pascha ihnen vorzeigen wird, fortzuschreiten. Tschamal Bey nimmt.

*) Wir entnehmen diese Ausführungen, die gerade jetzt von besonders aktueller Bedeutung sind, der soeben in zweiter Auflage bei W. G. Deubner erschienenen Schrift Dr. W. Nörrs: „Staatsbürgerliche Erziehung“.